

Im Menschenrechtsrat herrscht moralische Korruption

2006 nahm der UN-Menschenrechtsrat seine Arbeit auf. Grosse Hoffnungen waren mit ihm verbunden, doch die Kritik reisst nicht ab. Wie lauten die Vorwürfe - und was kann das Gremium erreichen? Ein Besuch zur 50. Sitzung.

Von [Isabel Pfaff](#), Genf 7. Juli 2022,

Entsteht hier gerade ein neues Menschenrecht? Ein schwüler Junitag in [Genf](#), Völkerbundpalast, Gebäude E, Saal XX. Ein Mann mit zerzaustem grauem Haar sitzt vor ein paar Hundert Diplomaten und sagt: "Ich will alles in meiner Macht Stehende tun, damit vom Klimawandel betroffene Menschen gehört und vor Misshandlung geschützt werden." Der Mann heisst Ian Fry und ist seit ein paar Monaten Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (UN). Fry soll sich um den Schutz von Menschenrechten im Kontext des Klimawandels kümmern, den Auftrag hat ihm der UN-Menschenrechtsrat erteilt. An diesem Nachmittag erstattet Fry den Mitgliedern des Rats zum ersten Mal Bericht.

Nach seinem Report sind die Diplomaten dran. Sie tragen Statements oder Fragen vor, zugelassen sind Mitglied- und Beobachterstaaten. Die Vertreterin der EU fängt an, es folgen Vietnam, Litauen und Jordanien. "Shukran", danke, sagt der Präsident des Menschenrechtsrats, dann kommt das nächste Statement. Auch Deutschland meldet sich. Die Auswirkungen des Klimawandels auf [Menschenrechte](#) seien drastisch, sagt die Botschafterin, vor allem für Mädchen und Frauen. Nächstes Land. Keiner darf länger als anderthalb Minuten reden, doch die Liste umfasst fast 90 Staaten. Der Nachmittag schleppt sich dahin.

Dabei kann man das, was gerade in Saal XX passiert, als eine der Sternstunden des Menschenrechtsrats bezeichnen. Das 2006 gegründete UN-Gremium mit Sitz in Genf hat die Aufgabe, die weltweite Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen und voranzubringen. Im Herbst 2021 haben die Mitglieder erstmals das Recht auf ein Leben in sauberer, intakter Umwelt

Im Menschenrechtsrat herrscht moralische Korruption

[in eine Resolution geschrieben](#), eine Art Klima-Menschenrecht. Für den Rat so etwas wie ein bestandener Test: Er hat die Klimaerhitzung als neuartige Bedrohung grundlegender Rechte erkannt, hat sogar einen Sonderberichtersteller ernannt, der das Thema künftig genau in den Blick nehmen wird. Hier wird also tatsächlich gerade an einem neuen Menschenrecht gefeilt.

Wie viel sind solche Momente wert? Die UN unterhalten in Genf einen beachtlichen Menschenrechtsapparat; neben [dem Rat](#) gehören auch [die Hochkommissarin für Menschenrechte](#) und [jene Organe](#) dazu, die die Einhaltung der diversen Menschenrechtsverträge überwachen. Funktioniert das Kerngremium auftragsgemäss, der Menschenrechtsrat, dessen Gründung 2006 ein Neuanfang sein sollte und der in diesen Sommerwochen seine 50. Sitzung abhält? Oder haben die vielen Kritiker recht, die ihn als irrelevante Quatschbude bezeichnen oder gar als Diktatorenklub, der den Menschenrechten mehr schadet als nutzt?

"Moralische Korruption"

Telefonat mit Hillel Neuer, kanadischer Anwalt und Chef der Genfer Organisation UN Watch. "Im Menschenrechtsrat herrscht moralische Korruption", sagt er. [Seine NGO](#) arbeitet schwerpunktmässig zu Israel, das überproportional oft in UN-Resolutionen verurteilt wird. Doch selbst wenn es diese Schieflage des Rats nicht gäbe, hätte UN Watch immer noch einiges zu kritisieren. "Das grundlegende Problem des Menschenrechtsrats ist, dass zwei Drittel der Mitglieder keine Demokratien sind", sagt Neuer. Gemessen am Freedom House Index stimmt das: Unter den aktuellen Mitgliedstaaten sind zahlreiche Autokratien und sogar lupenreine Diktaturen wie Eritrea oder China. "Wie eine Polizeitruppe, die aus Kriminellen besteht", schimpft Neuer.

Er ist nicht allein, die Zusammensetzung des Rats sorgt weltweit immer wieder für Empörung. Dabei sind die Mitgliedstaaten demokratisch gewählt: Jedes Jahr bestimmt die UN-Generalversammlung in New York ein Drittel der 47 Staaten neu.

Im Menschenrechtsrat herrscht moralische Korruption

Alle Staaten sind wählbar, festgelegt ist allein der regionale Proporz. Wenn ein Staat gewählt ist, behält er den Sitz für drei Jahre und kann sich einmal erneut wählen lassen, danach muss er pausieren.

Das Problem: Meist verständigen sich die Länder der Regionalgruppen schon vor der Wahl, sodass sich am Ende nur genauso viele Kandidaten aufstellen, wie es freie Sitze gibt. Dass bei diesem Verfahren die üblichen Schwergewichte über die Wahl entscheiden, verwundert nicht. Die Staaten führen das Wahlprinzip also ad absurdum - zum Ärger vieler Genfer UN-Beamter. Denn nicht einmal jene Länder gehen mit gutem Beispiel voran, die sich "menschenrechtsprogressiv" nennen - wie die Westeuropäer zum Beispiel.

Keine Kommission zu China

Die Mitgliedstaaten sind für Hillel Neuer jedoch nicht das einzige Problem. Seiner Ansicht nach schadet das Gremium der Durchsetzung der Menschenrechte häufig sogar. "Manche Staaten geniessen durch ihre geopolitische Macht komplette Straflosigkeit, schmücken sich aber mit ihrem Sitz im Menschenrechtsrat." Zu China zum Beispiel habe der Rat trotz der gut belegten Verbrechen in Xinjiang noch keine einzige Untersuchungskommission eingesetzt, sagt Neuer. Hinzu kam [der hochumstrittene China-Besuch der Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet](#) im Mai. "Für chinesische Menschenrechtsaktivisten ist das ein Schlag ins Gesicht." In Genf ist man die ständigen Anschuldigungen gewöhnt. UN-Beamte, Diplomatinen, Referenten und NGO-Mitarbeiterinnen: Sie alle kennen die Fundamentalkritik am Menschenrechtsrat. In Hintergrundgesprächen räumen sie ein, dass natürlich nicht alles gut sei, was in dem Gremium passiert. Trotzdem sind die meisten überzeugt davon, dass der Rat einen Unterschied mache, dass vieles besser laufe, als es in der Öffentlichkeit ankommt.

Im Menschenrechtsrat herrscht moralische Korruption

Etwa die virtuellen Sitzungen während der Pandemie: Kein anderes hohes UN-Gremium hat nach dem ersten Corona-Schock so schnell seine Arbeit wiederaufgenommen wie der Menschenrechtsrat. Überhaupt, die Handlungsfähigkeit: In UN-Kreisen finden viele, dass der Menschenrechtsrat das letzte wirklich funktionierende Gremium der Vereinten Nationen ist. Niemand erwartet mehr etwas Substantielles vom Sicherheitsrat, dem eigentlich mächtigsten UN-Forum. Dort können die fünf Vetomächte alles blockieren, was ihnen nicht passt. Im Menschenrechtsrat hat kein Land ein Vetorecht, hier herrscht Mehrheitsprinzip: Resolutionen können trotz Gegenstimmen angenommen werden; auch Sonderberichterstatter oder Untersuchungskommissionen kann der Rat einsetzen, ohne dass alle zustimmen müssen. Um Sondersitzungen anzuberaumen, reichen 16 Stimmen; für eine Dringlichkeitsdebatte die einfache Mehrheit.

Der Menschenrechtsrat kann also vergleichsweise schnell reagieren - sichtbar zuletzt beim Ukraine-Krieg: Nur sieben Tage nach Kriegsbeginn beschloss eine deutliche Mehrheit des Rats [die Einrichtung einer Untersuchungskommission](#), die die Menschenrechtsverletzungen in diesem Krieg untersuchen und für spätere Gerichtsverfahren dokumentieren soll. Kurz darauf, im April, votierten mehr als zwei Drittel der UN-Mitgliedstaaten sogar dafür, [Russland ganz aus dem Menschenrechtsrat zu werfen](#). Das ist in der Geschichte des Rats bisher erst einmal vorgekommen - Libyen 2011 - und in den Augen seiner Verteidiger ein Zeichen dafür, dass gravierende Menschenrechtsverstöße nicht einfach hingenommen werden.

Berichterstatterin für Sanktionsfolgen

Für Kritiker wie Hillel Neuer ein schwacher Trost. Andere Diktaturen seien nach wie vor im Rat und instrumentalisierten ihn für ihre Zwecke, sagt er. Als Beispiel nennt er [Alena Douhan](#), die Sonderberichterstatterin zu negativen Auswirkungen von Sanktionen auf die Menschenrechte.

Im Menschenrechtsrat herrscht moralische Korruption

"Die Regierungen von Venezuela, Simbabwe und Iran haben diese Frau eingeladen, obwohl sie sonst niemanden von den UN ins Land lassen. Sie ist eine Propagandamaschine für Autokraten."

Westliche Diplomaten seufzen, wenn man sie auf das Mandat von Douhan anspricht, das auf eine Initiative Irans zurückgeht. Es gebe ja noch rund 60 weitere Sonderberichterstatter, betonen sie dann, die meisten gingen sehr viel kritischer mit diktatorischen Regimes um. Offenbar haben sich viele damit arrangiert, dass der Menschenrechtsrat manchmal skurrile, sogar gefährliche Dinge hervorbringt - als eine Art Preis für das Gute. "Der Rat zieht seine Kraft und seine Legitimität daraus, dass alle mitmachen können", formuliert es ein Gesprächspartner in Genf.

Nur: Was bewirken all die Reden, Berichte und Resolutionen am Ende? Hat wirklich jemand etwas davon, dass es nun ein Klima-Menschenrecht gibt? Treffen mit Marc Limon, Brite, seit Jahrzehnten in Genf zu Hause. "Menschenrechtsfortschritte sind leise Fortschritte", sagt Limon. Er betreibt den [Thinktank Universal Rights Group](#), der unter anderem untersucht, ob und wie Staaten Menschenrechte national implementieren. Sein Fazit: Die Verbesserungen sind weltweit spürbar. Verantwortlich dafür seien auch die Instrumente des Menschenrechtsrats: die Sonderberichterstatter oder [die periodischen Länderbewertungen](#), denen sich kein Land entziehen kann. "Das ist ein stetiges Schleifen, eine kleine Gesetzesänderung hier, ein Polizeitraining da." Auch wenn Russland gerade Krieg führt oder die USA das Abtreibungsrecht abschaffen: Die Menschenrechtsmaschine, so Limon, läuft weiter. Der Fortschritt sei messbar.

© SZ/kit